

Satzung
Über die Erhebung von Gebühren und Entgelten an der
Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg
(GebEntS)

Vom: 18.12.2023

Aufgrund von Art. 9 Satz 1 und Satz 2, Art.13 Abs. 7 Satz 1 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl 2022, S. 414, BayRS 2210-1-3-WK), das durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 709) und § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 455) geändert worden ist, erlässt die Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg folgende Satzung:

Inhaltsübersicht:

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Personenbezogene Daten, Nachweise

Zweiter Teil: Gebühren und Entgelte

- § 3 Gebühren- und Entgelttatbestände
- § 4 Ausnahmen von der Gebühren- und Entgeltspflicht
- § 5 Höhe der Gebühren und Entgelte
- § 6 Fälligkeit der Gebühren und Entgelte
- § 7 Folgen der Nichtzahlung
- § 8 Befreiung, Ermäßigung, Rückerstattung
- § 9 Ratenzahlung, Stundung

Dritter Teil: Schluss- und Übergangsvorschriften

- § 10 Übergangsregelungen
- § 11 Inkrafttreten

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für alle nach Art. 13 BayHIG erhobenen Gebühren und Entgelte an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg (Hochschule Coburg).
- (2) Die Erhebung anderer Gebühren, Auslagen und Entgelte, insbesondere nach dem Kostengesetz sowie die Erhebung der Beiträge für das Studierendenwerk Oberfranken bleiben unberührt.

§ 2 Personenbezogene Daten, Nachweise

- (1) Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Studierenden sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 78 Abs. 1 und 2 BayHIG sind nach Art. 13 Abs. 8 BayHIG verpflichtet, die erforderlichen personenbezogenen Daten anzugeben und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (2) Fremdsprachigen Nachweisen sind vollständige Übersetzungen in deutscher Sprache eines amtlich vereidigten Übersetzers beizufügen.

Zweiter Teil: Gebühren und Entgelte

§ 3 Gebühren- und Entgeltatbestände

Die Hochschule Coburg erhebt Gebühren und privatrechtliche Entgelte

- a) von Studierenden für die Teilnahme an ausbildungs- und berufsbegleitenden Studiengängen nach Art. 77 Abs. 3 Satz 4 BayHIG;
- b) von allen Studierenden und nicht immatrikulierten Personen für die Teilnahme an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 78 Abs. 1 BayHIG;
- c) von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern für Eignungsprüfungen in Studiengängen nach Art. 89 Abs. 2 Satz 1 BayHIG.

§ 4 Ausnahmen von der Gebühren- und Entgeltpflicht

Für Hochschulprüfungen und staatliche Prüfungen werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

§ 5 Höhe der Gebühren und Entgelte

- (1) ¹Die Gebühren für berufs- oder ausbildungsbegleitende Studiengänge nach Art. 77 Abs. 3 Satz 4 BayHIG werden gemäß Art. 13 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BayHIG entsprechend dem erhöhten Aufwand für diese Formate festgesetzt. ²Der erhöhte Aufwand pro Semester für ausbildungs- und berufsbegleitende Bachelorstudiengänge nach Art. 77 Abs. 3 Satz 4 BayHIG darf den hälftigen Betrag der Gesamtkosten nicht übersteigen. ³Die sonstigen Gebühren und Entgelte sind so zu bemessen, dass der Aufwand der Hochschule sowie der Nutzen, der wirtschaftliche Wert oder die sonstige Bedeutung der Leistung für den Leistungsempfänger angemessen berücksichtigt werden. ⁴Dabei sind die Gebühren und Entgelte für die Angebote nach Art. 78 Abs. 1 BayHIG gemäß Art. 13 Abs. 6 Sätze 2 und 6 BayHIG mindestens kostendeckend festzusetzen.
- (2) Die Gebühren- und Entgeltrahmen betragen für die Teilnahme an

- | | | | |
|----|---|---------------------------|---------------------------|
| a) | einem ausbildungs- oder berufsbegleitenden Bachelorstudiengang nach Art. 77 Abs. 3 Satz 4 BayHIG | pro Semester | 1.000,00 bis 2.000,00 EUR |
| b) | einem weiterbildenden Masterstudiengang nach Art. 78 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHIG | pro Semester | 3.000,00 bis 4.500,00 EUR |
| c) | einem weiterbildenden Studienangebot nach Art. 78 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2b) BayHIG für alle Teilnehmenden | pro Einzelstunde (45 min) | 5,00 bis 125,00 EUR |
| d) | einer Eignungsprüfung in Studiengängen nach Art. 89 Abs. 2 Satz 1 BayHIG | pro Eignungsprüfung | 20,00 bis 70,00 EUR |

- (3) ¹Gebühren nach Abs. 2 a) können bei Anrechnung von Vorqualifikationen bis auf 600,00 EUR pro Semester reduziert werden.
² Es kann eine Festbetragsgebühr für einen berufsbegleitenden Bachelorstudiengang definiert werden. ³Bei Unterschreitung der Regelstudienzeit, auf welche die Gesamtgebühr semesterweise umgelegt ist, wird in diesem Fall der offene Teilbetrag mit der Semestergebühr des Abschlusssemesters erhoben. ⁴Wird ein Bachelorstudiengang mit einer Mindestgebühr nicht abgeschlossen, erfolgt allein eine Gebührenerhebung für die Semester mit Immatrikulation.
- (4) ¹Es kann eine Festbetragsgebühr für einen weiterbildenden Masterstudiengang definiert werden.
²Bei Unterschreitung der Regelstudienzeit, auf welche die Gesamtgebühr semesterweise umgelegt ist, wird in diesem Fall der offene Teilbetrag mit der Semestergebühr des Abschlusssemesters erhoben. ³Wird ein Masterstudiengang mit einer Mindestgebühr nicht abgeschlossen, erfolgt allein eine Gebührenerhebung für die Semester mit Immatrikulation.
- (5) ¹Für Modulstudien in berufsbegleitenden Bachelor- oder Masterstudiengängen nach Art. 77 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHIG werden die Gebühren entsprechend dem prozentualen Anteil der Leistungspunkte (ECTS) des Moduls an den Leistungspunkten des Studiengangs von den Gesamtgebühren des Studiengangs erhoben. ²Dabei werden Leistungspunkte, welche sich auf Praxiszeiten oder Abschlussarbeiten beziehen, nicht berücksichtigt.
- (6) ¹Für Modulstudien in weiterbildenden Bachelor- oder Masterstudiengängen nach Art 78 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a) BayHIG werden die Gebühren entsprechend dem prozentualen Anteil der Leistungspunkte (ECTS) des Moduls an den Leistungspunkten des Studiengangs von den Gesamtgebühren des Studiengangs erhoben. ²Dabei werden Leistungspunkte, welche sich auf Praxiszeiten oder Abschlussarbeiten beziehen, nicht berücksichtigt.
- (7) Für den Zeitraum einer Beurlaubung werden keine Gebühren erhoben, sofern in diesem Zeitraum keine Module belegt und keine Prüfungen absolviert werden.
- (8) Die Höhe der in Abs. 2 geregelten Gebühren- und Entgeltrahmen wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.
- (9) ¹Die Gebührenhöhe eines konkreten Angebots wird von der Hochschule Coburg durch Beschluss der Hochschulleitung innerhalb des Rahmens gemäß Abs. 2 nach Maßgabe der Kalkulationsvorgaben festgesetzt. ²Die Grundlagen für die Gebühren- und Entgeltbemessung werden dokumentiert. ³Eine Pflicht zur Veröffentlichung dieser Dokumentation besteht nicht.
- (10) ¹Die zu entrichtenden Gebühren werden gegenüber den Studierenden durch Bescheid bekannt gegeben. ²Die privatrechtlichen Entgelte werden in einer individuellen Teilnahmevereinbarung festgelegt.

§ 6 Fälligkeit der Gebühren und Entgelte

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht grundsätzlich mit dem Antrag auf Immatrikulation bzw. der Anmeldung zum Weiterstudium (Rückmeldung) bzw. der Anmeldung zu einem Angebot und bei Eignungsprüfungen mit der Teilnahme an der Eignungsprüfung.
- (2) ¹Bei der Immatrikulation und der Rückmeldung bzw. der Eignungsprüfung ist die Zahlung des Betrages bis zu dem durch Bescheid festgesetzten Termin in einer Summe auf dem angegebenen Zahlungsweg zu leisten. ²Offene Beträge für frühere Semester müssen bei einer Wiederimmatrikulation oder Rückmeldung beglichen sein.
- (3) Eingehende Zahlungen, die nicht eindeutig zuzuordnen sind, werden jeweils in der Reihenfolge der Fälligkeiten zunächst auf Gebühren, dann auf etwaige Verwaltungskostenbeiträge und schließlich auf den Studierendenwerkbeitrag verrechnet.
- (4) Die Fälligkeit des privatrechtlichen Entgelts wird grundsätzlich in einer individuellen Teilnahmevereinbarung festgelegt; das Entgelt ist spätestens zu Beginn der Veranstaltung zu entrichten.

§ 7 Folgen der Nichtzahlung

- (1) Weist die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die Zahlung fälliger Gebühren nicht nach, wird die Immatrikulation versagt (Art. 91 Nr. 4 BayHIG).
- (2) Weisen Studierende im Falle der Rückmeldung die Zahlung fälliger Gebühren nicht nach, wird die Exmatrikulation vorgenommen (Art. 94 Abs. 2 BayHIG).
- (3) Weisen Teilnehmende bei Beginn der Eignungsprüfung die Zahlung fälliger Gebühren nicht nach, sind sie von der Eignungsprüfung ausgeschlossen.
- (4) Weist die Teilnehmerin oder der Teilnehmer die Zahlung fälliger Entgelte nicht nach, ist sie oder er von der Teilnahme an dem jeweiligen Angebot ausgeschlossen.

§ 8 Befreiung, Ermäßigung, Rückerstattung

- (1) ¹Von der Gebühren- bzw. Entgeltspflicht werden auf Antrag für die Zeiträume nach Antragstellung einschließlich des laufenden Semesters Studierende sowie Teilnehmerinnen oder Teilnehmer befreit, für die die Erhebung einer Gebühr bzw. eines Entgelts aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit, an einem vergleichbaren gebührenfreien Angebot der Hochschule Coburg teilzunehmen, eine besondere Härte darstellt. ²Eine besondere Härte ist insbesondere anzunehmen, wenn die Gebührenerhebung für die Antragstellerin oder den Antragsteller aufgrund von finanziellen und/oder sozialen Umständen im Einzelfall unzumutbar ist.
- (2) ¹Der Antrag nach Abs. 1 Satz 1 ist schriftlich bzw. elektronisch zu stellen. ²Die Gründe der besonderen Härte sind durch die antragstellende Person schriftlich oder elektronisch darzulegen und glaubhaft zu machen.
- (3) ¹Befreiungsanträge werden nur berücksichtigt, wenn sie bei der Hochschule Coburg bis 14 Tage vor Beginn des jeweiligen Semesters bzw. des betreffenden Angebots eingegangen sind. ²Tritt der Befreiungsgrund später ein, müssen Anträge innerhalb von vier Wochen nach Eintritt des Befreiungsgrundes der Hochschule Coburg vorliegen. ³Ein Befreiungsantrag hat hinsichtlich der Zahlungspflicht keine aufschiebende Wirkung.

- (4) ¹Wurden bereits Zahlungen geleistet und es liegt eine Befreiung nach Abs. 1 vor, werden die bezahlten Gebühren in Höhe der Befreiung zurückerstattet. ²Eine Erstattung von Zinsen und Kosten erfolgt nicht.
- (5) Vor Ausspruch einer Befreiung nach Abs. 1 ist zu prüfen, ob die Antragstellerin oder der Antragsteller zur Begleichung eines Teils der Gebühren bzw. Entgelte oder zur Zahlung von Raten in der Lage ist.
- (6) Wird ein Angebot nicht durchgeführt, werden bereits gezahlte Gebühren bzw. Entgelte zurückerstattet.
- (7) Ein wiederholtes Nichtbestehen von Prüfungen oder die Nichtteilnahme an Lehrveranstaltungen begründet keinen Anspruch auf Rückerstattung geleisteter Zahlungen.
- (8) Bei einer Exmatrikulation auf Antrag oder von Amts wegen oder einer Kündigung durch die Teilnehmerin oder den Teilnehmer nach Studienbeginn werden bereits entrichtete Gebühren bzw. Entgelte grundsätzlich nicht zurückerstattet.
- (9) ¹Besteht an der Durchführung von Angeboten der Weiterbildung nach Art. 78 Abs. 1 und 2 BayHIG ein besonderes öffentliches, insbesondere bildungspolitisches Interesse, kann die Hochschule Coburg die zu erhebenden Gebühren entsprechend ermäßigen oder von einer Gebührenerhebung absehen. ²Auf Gebühren kann beispielsweise für einen spezifischen Personenkreis verzichtet werden, wenn die Hochschule Coburg aus regionalem oder überregionalem Anlass im Interesse der Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes Weiterbildungsangebote anbietet.

§ 9 Ratenzahlung, Stundung

- (1) Auf schriftlichen bzw. elektronischen Antrag der oder des Studierenden oder der teilnehmenden Person kann die Zahlung der Gebühr bzw. des Entgelts in zwei monatlichen Raten gestattet werden, wenn Gebührenerhebung ohne Ratenzahlung eine besondere Härte gemäß § 8 Abs. 1 darstellen würde und der Anspruch durch die Ratenzahlung nicht gefährdet wird.
- (2) Auf schriftlichen bzw. elektronischen Antrag der oder des Studierenden oder der teilnehmenden Person können Ansprüche der Hochschule Coburg auf Zahlung von Gebühren bzw. Entgelten bei nur vorübergehend auftretenden Schwierigkeiten gestundet werden, wenn ihre Einziehung mit besonderen Härten nach § 8 Abs. 1 für die zahlungspflichtige Person verbunden wäre und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.
- (3) Anträge nach Abs. 1 und 2 werden berücksichtigt, wenn sie bei der Hochschule Coburg bis 14 Tage vor Beginn des jeweiligen Semesters bzw. des betreffenden Angebots eingegangen sind.

Dritter Teil: Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 10 Übergangsregelungen

- (1) Für Studierende, die bei Inkrafttreten dieser Satzung in einem berufsbegleitenden Studiengang immatrikuliert waren, finden die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in Verbindung mit der Hochschulgebührenverordnung (HSchGebVO) in der jeweils am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung weiter Anwendung.


- (2) Für Studierende, die bei Inkrafttreten dieser Satzung in einem Modulstudienangebot eines berufs begleitenden Bachelorstudiengangs nach Art. 77 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHIG immatrikuliert sind oder im Sommersemester 2024 immatrikuliert werden, finden die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in Verbindung mit der Hochschulgebührenverordnung (HSchGebVO) in der jeweils am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung weiter Anwendung.
- (3) Für Studierende, die bei Inkrafttreten dieser Satzung in einem speziellen Angebot des weiterbildenden Studiums nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 HSchGebVO in der am 31. Dezember 2022 geltend Fassung immatrikuliert waren, finden die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 BayHSchG in Verbindung mit HSchGebVO in der jeweils am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung weiter Anwendung.
- (4) Für die in Abs. 1 und 2 genannten Studierenden gelten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung die darin enthaltenden Regelungen, sofern sie für diese Studierenden günstiger sind.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Sie gilt für Bewerber, die ihr Studium ab dem Sommersemester 2024 an der Hochschule Coburg aufnehmen.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg vom 08.12.2023 sowie der Genehmigung durch den Präsidenten vom 18.12.2023.

Coburg, den 18.12.2023



Prof. Dr. Stefan Gast
Präsident

Diese Satzung wurde am 18.12.2023 in der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg niedergelegt. Die Niederlegung wurde durch Anschlag am 18.12.2023 bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 18.12.2023.